



## **Gegen Castor und Krieg!**

Der momentane Castortransport von der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) La Hague nach Gorleben fällt in eine Zeit, welche von der erneuten Teilnahme der BRD an einem Krieg und dem massiven Abbau demokratischer Rechte durch die Bundesregierung geprägt ist. Begründet wird letzteres von den TrittbrettfahrerInnen in Politik und Massenmedien mit dem menschenverachtenden und durch nichts zu rechtfertigenden Anschlägen, welche am 11.09. in den USA stattfanden.

Repressionsmaßnahmen wie Bußgelder, Strafverfahren, Versammlungsverbote oder gewalttätige Polizeiübergriffe sind im Rahmen von Castor-Transporten keine neuen Erscheinungen. Im Rahmen der ausgebrochenen allgemeinen Terrorismus-Hysterie und bekanntgewordener Bespitzelungen der letzten Jahre muß jedoch davon ausgegangen werden, daß der Staat seine Mittel noch ungehemmter einsetzen könnte – denn der Staat kann, je nach politischer Opportunität auch Schienenblockaden zum Terrorismus erklären. Daher ist es wichtig, daß wir uns nicht einschüchtern oder in "gute" und "böse" AKW-GegnerInnen auseinander dividieren lassen – unsere Stärke liegt in unserer Vielfalt, Entschlossenheit und in unserer massenhaften Beteiligung an den Protesten.

### **Freiheit stirbt mit Sicherheit**

Einen Bärendienst haben diejenigen Kräfte der Anti-AKW-Bewegung erwiesen, welche im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11.09. die Stilllegung von AKW auf Grund möglicher Terroranschläge forderten. Zum einen rennt mensch mit derartigen Forderungen bei Staat, Kapital und Massenmedien samt Anhang offene Türen ein – nur mit der möglichen Konsequenz, daß der Repressionsapparat auf Grund dieser angeblichen Gefahren noch weiter ausgebaut und demokratische Rechte weiter beschnitten werden. Dabei darf auch nicht vergessen werden, daß die Energiekonzerne nicht wegen derartiger Ängste mal so eben ein derart profitables Spielzeug wie AKW beiseite legen werden. Desweiteren ist der Normalbetrieb von AKW (inklusive der damit

einher gehenden Störfälle und Katastrophen wie in Tschernobyl und Harrisburg) schon Grund genug dafür, die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen einzufordern. Zur Begründung des Sofortausstieges aus einer prinzipiell zerstörerischen und von Menschen nicht beherrschbaren Technologie bedarf es keiner populistischen Instrumentalisierung von Ressentiments.

Eine tatsächliche zusätzliche Gefahr stellen Atomanlagen hingegen dar, wenn sie, wie der bei München gelegene, sogenannte Forschungsreaktor, mit waffenfähigem Plutonium betrieben werden. Der Weg zur eigenen Atombombe ist dann nicht mehr weit, eine Option welche sich ein zunehmend selbstbewußter und in Konkurrenz zu den USA als EU-Führungsmacht agierender BRD-Imperialismus trotz Unterzeichnung des Atomwaffenstopvertrages praktisch offen hält. Friedliche und militärische Nutzung der Atomkraft sind nicht zu trennen.

### **Konsens? Sofortausstieg!**

Bei den letzten Castor-Transporten sowohl nach Gorleben wie in die WAA La Hague zeigte sich, wie ernst es die Bundesregierung mit dem im "Atomkonsens" angekündigten Ausstieg meinte: Atommülltransporte werden unter massivem Einsatz staatlicher Gewalt gegen Widerstände durchgesetzt – um den weiteren Betrieb von Atomkraftwerken zu ermöglichen, welche ansonsten zumindest zeitweise stillgelegt werden müßten. Den Energiekonzernen wurde hingegen eine Garantie für den Weiterbetrieb ihrer potentiellen A-Bomben gegeben, welche auch Neubauten mit einschließen könnte. Die Produktion von Atommüll, welcher das Leben kommender Generationen beeinträchtigen wird, ohne das es jemals eine reelle Chance für eine sichere und dauerhafte Lagerung geben wird, geht unvermindert weiter. Der Konsens entpuppte sich als staatlich inszenierte (Schaum)-Schlägerei

Wir dürfen daher nicht auf die Einsicht von Kapital oder Staat hoffen, um den Atomausstieg durchzusetzen müssen wir uns selber organisieren und dürfen der Konfrontation mit beiden nicht ausweichen.

Denn die Erfahrung vergangener Kämpfe zeigte, daß beispielsweise der Bau der WAA in Wackersdorf nur durch massenhaften gesellschaftlichen Widerstand, welcher auch bereit war, die vom Staat gesetzten Grenzen zuweilen zu überschreiten, verhindert werden konnte. Lobbyarbeit, wissenschaftliche Expertisen oder exemplarische Aktionen können den dafür notwendigen massiven Druck nicht erzeugen. Ein nachhaltiger Ausstieg aus zerstörerischen Technologien wird allerdings erst dann erreicht werden können, wenn der diesen zugrunde liegende Kapitalismus mit seiner Profitlogik und Produktion von Waren durch eine demokratisch geplante, d.h. sozialistische Wirtschaft, welche die Bedürfnisse aller Menschen und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlage in den Mittelpunkt stellt, ersetzt werden wird.

Die Kräfte, welchen wir, sowohl in der Anti-AKW-Kämpfen wie auch in der Bewegung gegen den Krieg in Afghanistan und gegen die mit beidem verbunden Repression gegenüberstehen sind die gleichen: Der bürgerliche Staat und seine Organe treten

uns als ausführende Organe eines zunehmend selbstbewußter und eigenständiger agierenden BRD-Imperialismus gegenüber, welcher sowohl weltweit wie auch am "Standort" versucht, die Ausbeutung in seinem Sinne zu verschärfen und Hindernisse und Widerstände nötigenfalls gewaltsam beiseite zu räumen. Daher sollte mensch sich darauf einstellen, daß der bürgerliche Staat wie auch der Kapitalismus überwunden gehört – um eine menschliche Zukunft zu gewährleisten.

- **Den Krieg stoppen – für eine Antikriegsbewegung in Betrieb, Schule, Uni oder Stadtteil – unabhängig von Staat und bürgerlichen Parteien!**
- **Der Repression entgentreten – alle Verfahren gegen AtomkraftgegnerInnen einstellen!**
- **Alle Atomanlagen weltweit sofort abschalten – Atomkonzerne enteignen – Kapitalismus endlagern!**
- **Sozialismus oder Barbarei!**

#### **Wer wir sind und was wir wollen:**

Der *Revolutionär-Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Rätedemokratie an, welche die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet.

Deshalb tritt der RSB aktiv und gemeinsam mit anderen politischen, linken Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der ArbeiterInnenklasse ein. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

Wenn du Fragen hast, mit uns diskutieren willst oder bei uns mitarbeiten möchtest, dann melde dich doch mal!



### ***Revolutionär-Sozialistischer Bund / IV. Internationale***

RSB-Hamburg c/o Gerlef Gleiss, Steinwegpassage 6, 20355 Hamburg,  
[hamburg@rsb4.de](mailto:hamburg@rsb4.de) / [www.rsb4.de](http://www.rsb4.de)